

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 38 (1958-1959)
Heft: 5

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aufbruch im Mittleren Osten

Die von Kairo aus inspirierte und gesteuerte Bewegung des panarabischen Nationalismus hat im *Irak* einen neuen und für den Westen schmerzlich überraschenden Schlag geführt. Mit erschreckender Plötzlichkeit ist das haschemitische Königtum an Euphrat und Tigris durch eine Revolte der Armee hinweggefegt worden, die große Ähnlichkeit mit dem Coup der ägyptischen Offiziere gegen Faruk aufweist. Während jedoch damals der entthronte Monarch ins Ausland zu fliehen vermochte, wurden in Bagdad der junge König Feisal, sein Onkel und frühere Prinzregent Abdul Illah sowie der alte und gewiegte Premierminister Nuri es Said in den ersten Stunden der Revolte ermordet. Dem Westen entglitt damit eine seiner wichtigsten Bastionen im Gebiet des Mittleren Ostens, das Zentrum des Bagdadpakts, und er muß zusehen, wie ein mit Nasser sympathisierendes Offiziersregime die Hand auf die Ölquellen von Kirkuk und Mossul legt. Gleichzeitig wächst die Umsturzgefahr in Saudiarabien, Jordanien und den Scheichtümern am Persischen Golf, die den Großteil des mittelöstlichen Erdöls produzieren. Die panarabische Lawine, die schon das halbe Gebiet Libanons verschlungen hat, scheint immer mehr an Wucht und Schnelligkeit zu gewinnen.

Der Westen war bisher der revolutionären Einheitsbewegung der Araber in einer Haltung der Unsicherheit und Uneinigkeit begegnet und hatte damit ihr Umsichgreifen nur begünstigt, statt es einzudämmen. Die antikolonialistische Traditionen Amerikas erschwerten es der Regierung von Washington, England und Frankreich im Kampf um ihre

«kolonialen» Positionen und Einflußgebiete wirksam zu unterstützen, und die beiden westeuropäischen Mächte ihrerseits arbeiteten häufiger gegen- als miteinander. Die westliche Zerrissenheit gegenüber der Provokation Nassers führte zu der unkoordinierten, mit ungenügenden Mitteln und schlecht durchgeführten Suezaktion, die das Ansehen des Westens bei den Arabern schwer erschütterte und dem Prestige des ägyptischen Diktators wie auch dem arabischen Selbstbewußtsein gewaltigen Auftrieb verschaffte. Im Gegensatz zu 1956 sind sich heute die westlichen Regierungen über die Notwendigkeit einig, dem verhängnisvollen Zaudern ein Ende zu machen, das die Anhänger Nassers zu immer neuen Herausforderungen ermutigte. Der Schock des irakischen Umsturzes löste die *militärische Aktion* der USA in *Libanon* und Großbritanniens in *Jordanien* aus, in denen der panarabischen Welle zum erstenmal mit Gewalt entgegengetreten wurde. Die Truppenlandungen in den beiden umsturzgefährdeten Levantestaaten wurden als vorsorgliche Maßnahmen auf Grund von Artikel 51 der UNO-Satzung deklariert, der das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung festlegt, und gleichzeitig der Sicherheitsrat aufgefordert, seinerseits die nötigen Maßnahmen zur Erhaltung der Unabhängigkeit Libanons und Jordaniens zu treffen.

Dilemma des Westens

Obgleich die beiden angelsächsischen Mächte es damit klargemacht haben, daß sie ihr Vorgehen nur als Einleitung zu einem

Eingreifen der Vereinten Nationen aufzufassen, sind die Kritiker nicht ausgeblieben, die erklären, die Zukunft im Mittleren Osten gehöre den Nationalisten vom Schlage Nassers und der Westen müsse sich, solange er auf das arabische Erdöl angewiesen sei, mit ihnen verständigen. Weigere er sich, so laufe er Gefahr, die arabischen Völker Moskau in die Arme zu treiben. Der britische Premierminister selber hat freimütig von dem Dilemma gesprochen, vor das er sich gestellt sah, und auch in führenden amerikanischen Kreisen herrscht die Auffassung vor, daß es galt, von zwei Übeln das kleinere zu wählen. Von den sachlichen Kommentaren in der westlichen Presse, die der Schwierigkeit der Entscheidung Rechnung tragen, führt eine ganze Stufenleiter abwärts bis zu jenen hämischen Stimmen, die die Westmächte anklagen, sich an «überlebte und korrupte» Regime anzuklammern und die «Dynamik der panarabischen Bewegung» zu verkennen. Auf gewisse voreingenommene Betrachter im deutschsprachigen Raum scheint die von Nasser propagierte Idee eines arabischen Großreichs vom Atlantischen bis zum Indischen Ozean eine nostalgische Anziehungskraft auszuüben. Dabei fällt auf, daß die gehässigste Kritik aus den gleichen Küchen kommt wie die Anti-Atomtod-Kampagne, was den Schluß nahelegt, daß es in beiden Fällen nicht so sehr um die Sache geht als um eine innenpolitisch motivierte Diskreditierung der atlantischen Politik.

Nasser im Dienste Chruschtschews

Wenn sich die USA am 14./15. Juli 1958 zum erstenmal entschlossen, direkt in die Auseinandersetzungen im Mittleren Osten einzugreifen — und das ist der entscheidend neue Zug in der jüngsten Entwicklung —, dann taten sie es nicht, um in einem bestimmten Land einen bestimmten Präsidenten am Ruder zu halten, sondern um der *Expansion Moskaus entgegenzutreten*, das als Anstifter, Helfershelfer und Hauptnutznießler hinter der Nasserschen Umsturzbewegung steht.

Der Kreml geht in der gegenwärtigen Phase seiner Außenpolitik darauf aus, den Mittleren Osten, wo er selber keine erstrangigen Interessen hat, als Instrument zur Untergrabung der westlichen Position zu verwenden. Da Rußland auf das arabische Erdöl nicht angewiesen ist und die Pläne zur Errichtung kommunistischer Regime aus taktischen Gründen zurückstellt, kann es sich leisten, in der Maske des «selbstlosen Freundes» aufzutreten, der Kolonialismus, Despotie und Ausbeutung bekämpfen hilft. Sein Gewinn besteht in der Aushöhlung des Bagdadpakts, in der Möglichkeit, Europa im Falle eines Konflikts von seinen Energiequellen abzuschneiden, und in einem erhöhten Prestige bei den unterentwickelten Völkern Asiens und Afrikas. Abgesehen von diesen Zusammenhängen aber geht es in Libanon und Jordanien um die Existenz zweier selbständiger Staaten und um die Abwehr einer subversiven Tätigkeit, die vor keinem Mittel zurückschreckt und den Aufruf zum Mord an politischen Gegnern als legitimen Bestandteil ihrer Propaganda betrachtet. Nach dem Versagen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, der entgegen den aller Welt bekannten Tatsachen auf Grund einer unzureichenden «Überwachung» feststellte, es liege keine ausländische Einmischung in Libanon und kein Grund zur Entsendung einer UNO-Polizeitruppe vor, ließ sich die direkte britisch-amerikanische Intervention — trotz aller politischen Nachteile — nicht mehr umgehen, wenn die Unabhängigkeit Jordaniens und Libanons nicht von vornherein geopfert werden sollte.

Im Gegensatz zu den Tagen von Suez hat *Moskau* sich diesmal mit seiner Reaktion Zeit gelassen. Die Ankündigung von Truppenbewegungen in den der Türkei benachbarten Gebieten verfolgte offensichtlich den Zweck, die Nachbarn des Iraks von einem Versuch zur Wiederherstellung des alten Regimes abzuschrecken; der rasche Verzicht auf einen Restaurationsversuch angesichts des *Fait accompli* ließ diese Drohung aber fürs erste gegenstandslos werden. Chruschtschew ver-

sucht die Situation vielmehr propagandistisch auszuwerten. Unter dem Druck der Kriegsdrohung, der er mit einem diskreten Hinweis auf die russischen Kernwaffen und Raketen-geschosse nachhilft, versucht er die Regie-rungschefs der Westmächte an einen Ver-handlungstisch «auf höchster Ebene» zu zwingen und ihnen ein Mitspracherecht der Sowjetunion im Mittleren Osten und allen-falls eine Neutralisierung der ganzen Region abzapressen. Der Mangel an Koordination, der in den westlichen Antworten an den Sowjetdiktator zutage trat und auf wahlpo-litische Rücksichten der konservativen Re-gierung Großbritanniens zurückzuführen ist, läßt befürchten, daß die nun in Aussicht genommene «Gipfelkonferenz» im Rahmen des Sicherheitsrates mindestens zu einem propagandistischen, wenn nicht sogar zu einem politischen Triumph Chruschtschews und seiner arabischen Mitläufer führen wird.

Wahlgänge

Die akute Spannung im Mittleren Osten ließ die Ereignisse in den übrigen Teilen der Welt in den Hintergrund treten. Es muß jedoch die schwere Niederlage verzeichnet werden, welche die deutsche Sozialdemokra-tie mit ihrer *Atomtod-Kampagne* in den Land-tagswahlen von Nordrhein-Westfalen erlitt. Die im größten Bundesland, das einen Drit-tel aller Wähler Westdeutschlands umfaßt, als Korrektur der letztjährigen Bundestagswahl aufgezugene Wahlschlacht hat Adenauers Politik der Bindung an die atlantische Allianz und der Aufrüstung mit allen verfügbaren Verteidigungswaffen eine eindrucksvolle Be-stätigung verschafft. Gleichzeitig entzog sie der Koalition des extremen Düsseldorfer Flügels der Freien Demokraten mit der SPD den Boden. Das Wahlergebnis war nicht zu-letzt ein Vertrauensvotum für den um seine Rückkehr in die Regierung kämpfenden früheren Ministerpräsidenten *Karl Arnold*, eine der hervorragenden Gestalten der christlichdemokratischen Linken und der

CDU überhaupt, der mitten im Wahlkampf vom Tod ereilt worden war.

Aus der Neuwahl des *italienischen Parla-ments*, die den Christlichdemokraten und der extremen Linken einige Gewinne einbrach-ten, während die monarchistische und neo-faschistische Rechte starke Einbußen erlitt, ist eine christlichdemokratisch-sozialdemo-kratische Regierungskoalition unter dem ehr-geizigen Parteisekretär *Fanfani* hervorge-gangen. Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts läßt eine Neigung zu Verstaatli-chungsexperimenten und zu einer Außen-politik unter dem Einfluß britischer Labour-ideen erwarten. Der neue Ministerpräsident, dessen Hauptfähigkeiten mehr auf dem Ge-biet der Organisation als jenem der Politik zu suchen sind, stützt sich im Parlament auf eine äußerst knappe Mehrheit. Er wird be-hutsam vorgehen müssen, wenn er seine früheren, kurzfristig gebliebenen Re-gierungsexperimente diesmal überdauern will.

Anlaß zu einigen Bedenken gibt die in-nenpolitische Situation *Finnlands*, wo die *Kommunisten* als stärkste Fraktion in den neu-gewählten Reichstag eingezogen sind. Das unwürdige Schauspiel eines parlamentari-schen Betriebs, der in einen Wettlauf zwi-schen Bauern- und Arbeitervertretern um die mehr oder weniger offene Verteilung der Staatsfinanzen ausgeartet war, hat viele Wähler enttäuscht. Die politische Apathie wirkte sich in einer schwachen Stimmbeteili-gung aus, die das Gewicht der Unzufriede-nen verstärkte. Arbeitslosigkeit in weiten Gebieten Finnlands begünstigte die Neigung zum politischen Extremismus. Die nicht-kommunistischen Parteien, die sich bisher bis aufs Messer bekämpften, stehen nun un-ter dem Zwang, sich zusammenzuschließen, denn eine Regierungskoalition mit den Kom-munisten kann nicht in Frage kommen, wenn Finnland nicht der Gefahr eines Um-sturzes nach dem Muster von Prag ausgesetzt werden soll.

Nemo

Bericht aus Washington

Es gehört schon beinahe zum traditionellen Ablauf der amerikanischen Wahlen, daß die Partei, die an der Macht ist, bei den in der Mitte der Amtszeit des Präsidenten stattfindenden Wahlen Boden verliert. Das ist mit seltenen Ausnahmen auch dann der Fall gewesen, wenn die amtierende Regierung stark und gefestigt war. Alle Umstände deuten darauf hin, daß im Jahre 1958 eine politische Sturzflut von ungewöhnlicher Stärke gegen die jetzige republikanische Regierung brausen wird.

Sie kommt wenigstens zum Teil nicht unerwartet. Obwohl Eisenhower 1956 mit überwältigendem Stimmenmehr wiedergewählt wurde, gelang es schließlich seiner Partei schon damals nicht, die Mehrheit in einem der beiden Häuser des Kongresses zu erlangen. Auch ist die einzigartige persönliche Beliebtheit des Präsidenten seither beträchtlich geschwunden. (Sie hat zwar seit dem Tiefpunkt nach dem Erscheinen des ersten Sputnik wieder etwas zugenommen, doch zeigt die Erforschung der Volksmeinung, daß sie immer noch beträchtlich geringer ist, als während der ersten Amtsperiode.) Daß Eisenhower auf Grund der Verfassung nicht wiedergewählt werden kann, trägt ebenfalls dazu bei, seinen politischen Einfluß zu schmälern.

Das alles genügt jedoch nicht als Grund für den Wiederaufstieg der demokratischen Partei. Alle Vorzeichen deuten darauf hin, daß die Demokraten ihre Mehrheit im Kongreß wahrscheinlich beträchtlich vergrößern können. Die ihnen günstige Stimmung ist sogar so stark, daß gewisse Beobachter tatsächlich annehmen, im November 1960 werde ein Demokrat als Präsident gewählt werden. Man muß zugeben, daß die Anzeichen hierfür überwältigend sind:

Im November 1957 zum Beispiel wurde im traditionell republikanischen Staate New Jersey der demokratische Gouverneur Robert Meyner mit erdrückender Mehrheit wie-

dergewählt. Am gleichen Tag wurde der demokratische Bürgermeister von New York ebenfalls mit gewaltiger Stimmenzahl für eine zweite Amtsperiode bestätigt. Andernorts zeigten die Nachwahlen in den Kongreß überall das gleiche Bild: die Demokraten schlugen ihre republikanischen Rivalen fast ausnahmslos.

Die Vorwahlen zeigen Gewinne der Demokraten

In letzter Zeit haben sich die Anzeichen noch vermehrt, wenn man die Ergebnisse der Vorwahlen in Betracht zieht, bei denen jede Partei die Kandidaten für die Wahlen im kommenden Herbst bestimmt. Kalifornien, der Staat mit der zweitgrößten Bevölkerungszahl, hat in den letzten Jahren nicht nur eine republikanische Staatsregierung, sondern auch eine größtenteils republikanische Vertretung im Kongreß gehabt. Die Vorwahlen im Juni ergaben nun aber deutliche Hinweise dafür, daß im November ein Demokrat Gouverneur wird, und daß die Kongreßabordnung — einschließlich einen Sitz im Senat — von den Demokraten beherrscht sein wird. Daß der Führer der republikanischen Minderheit im Senat, *Knowland*, beim Rennen um die Regierungssitze in Kalifornien wahrscheinlich auch zu den Verlierern zählen wird, unterstreicht bloß die allgemeine Tendenz.

Es können eine ganze Anzahl von Erklärungen für diese Tendenz in politischen Angelegenheiten angeführt werden. In der Reihenfolge ihrer Bedeutung müssen folgende Faktoren als grundlegend betrachtet werden:

An erster Stelle der wirtschaftliche Rückgang. Es gibt zwar einzelne Beispiele, die zeigen, daß die Wählerschaft mit der Partei, die an der Macht war, unzufrieden wurde, trotz wirtschaftlichem Wohlergehen. Es gibt aber nur seltene Fälle, in denen ein ernster

wirtschaftlicher Rückschlag nicht als Nebenerscheinung eine politische Niederlage für die amtierende Regierung zur Folge gehabt hätte. Während diese Zeilen geschrieben werden ist die Tragweite des Rückschlages noch nicht erfaßt worden. Fünf Millionen Arbeitslose und ein ruckartiges Absinken der nationalen Produktion im ganzen sind Tatsachen, denen man nicht ausweichen kann; sie sind fraglos der beherrschende Faktor auf der politischen Bühne.

An zweiter Stelle muß festgestellt werden, daß das Vertrauen und der Glaube an die wissenschaftliche und militärische Überlegenheit der Freien Welt und besonders der USA schwindet. Dieses Gefühl der Unsicherheit hatte unmittelbar nach Abschluß der ersten russischen Satelliten seinen Höhepunkt erreicht. Es ist nun eine gewisse Beruhigung spürbar, doch ist das Unbehagen geblieben. Eine der Hauptstützen von Eisenhowers Ansehen und Beliebtheit, das Vertrauen in sein Urteil in Fragen der Verteidigung, ist ins Wanken geraten.

Drittens unterstützt die organisierte Arbeiterschaft wiederum die Demokraten. Offiziell haben zwar die meisten Arbeiterorganisationen Eisenhower nie unterstützt, doch kann nicht bestritten werden, daß 1952 und 1956 Hunderttausende von einfachen Arbeitern zu ihm hielten. Einzelne wenige von ihnen haben sogar für weitere republikanische Kandidaten gestimmt. Heute scheint es jedoch klar, daß die Arbeiterführer wieder einen bestimmenden Einfluß auf die gewaltige Zahl der Mitglieder ihrer Organisationen zurückgewinnen, und sie diesen Einfluß zugunsten der Demokraten geltend machen. Das ist nicht allein die Folge des wirtschaftlichen Rückschlages, sondern beruht auf dem Glauben, daß die republikanische Partei, der organisierten Arbeiterschaft gegenüber, die Zügel heftig anziehen würde. Diese Ansicht wird z. B. von Senator Knowland geteilt.

Schließlich darf man nicht vergessen, daß die Siege der Republikaner in jüngster Zeit tatsächlich Erfolge Eisenhowers sind. Versu-

che, aus seiner Beliebtheit Kapital zu schlagen, oder sie auf andere republikanische Kandidaten zu übertragen, haben fehlgeschlagen. Deshalb kehrt das Land heute, da sich die Amtszeit des Präsidenten ihrem Ende nähert, zur demokratischen Partei zurück, die es im Grunde bevorzugt. Es ist eine Tatsache, daß es in den USA mehr eingeschriebene Demokraten gibt als Republikaner. Eisenhower siegte, weil die unabhängigen Wähler für ihn stimmten und weil es ihm gelang, viele Demokraten auf seine Seite zu ziehen. Es scheint aber, daß es nur wenigen republikanischen Kandidaten gelingen wird, es ihm gleichzutun.

Das sind die Gründe für den sich immer weiter verbreitenden Glauben, daß 1960 ein Demokrat ins Weiße Haus einziehen wird. Heute schon verschaffen sich hoffnungsvolle Kandidaten Gehör, und es ist ganz natürlich, daß jene Männer, die heute überlegen siegen, für die Wahl von 1960 an erster Stelle genannt werden. Gouverneur Meyner von New Jersey gehört zu ihnen. Es sprechen verschiedene Dinge für ihn, unter anderem seine sympathische Persönlichkeit, die Unterstützung, die ihm einer der wichtigsten Staaten gewährt, sein guter Ruf als Magistrat und eine hübsche, junge Frau. Vielen sagt er besonders deshalb zu, weil er als Mann mit unabhängiger Meinung betrachtet werden darf, der eine mittlere Linie verfolgt.

Als weitere demokratische Kandidaten werden genannt: Senator Kennedy von Massachusetts, Gouverneur Williams von Michigan, der in diesem wichtigen Staate schon fünfmal wiedergewählt wurde, der aber für viele zu stark an die Arbeiterorganisationen gebunden ist, und Senator Symington von Missouri. Der letztere hat den Vorteil, aus einem «Grenzstaat» zu stammen, weshalb er für die Demokraten der Südstaaten wahrscheinlich am annehmbarsten ist. Dazu kommt, daß er mehr und häufiger als irgendein anderer Senator vor der Bedrohung durch die sowjetische Militärmacht gewarnt hat, weil er die Gefahr richtig erkannt hat.

Nixon ist der führende Republikaner

Bei den Republikanern liegt Vizepräsident Nixon als Präsidentschaftskandidat ohne Mühe in Führung. Gewöhnlich gelingt es den Vizepräsidenten nicht, ihren politischen Ehrgeiz zu befriedigen, obwohl ihr Amt ihnen günstige Voraussetzungen bietet, aber Nixon ist eben kein typischer Vizepräsident. Er ist einer der scharfsinnigsten Politiker in den USA und seine Beliebtheit bei der eigenen Partei nimmt weiter zu, so daß es heute fast sicher scheint, daß er in zwei Jahren nominiert wird. Wenn jedoch die politische Strömung ihre Richtung nicht ändert, wird sein Wahlkampf unter ungünstigen Voraussetzungen geführt werden.

Wird sich die heutige Strömung bis zum Herbst 1960 ändern? Mit Sicherheit kann nichts vorausgesagt werden. In zwei Jahren kann sich im In- und Ausland sehr vieles ereignen. Es scheint, daß wir von einer Krise in die andere geraten, und die kommenden Wochen sind sicher ebenso mit Gefahren beladen, wie die eben vergangenen, wenn nicht mehr. Im Inland kann sich die Wirtschaft rasch erholen, wie verschiedene Wirtschaftler behaupten. Es kann aber auch weiter bergab gehen bis zu einem Punkt, wo nur noch der Ausdruck «Depression» die Lage wahrheitsgetreu wiedergibt.

Während in der Außenpolitik die Meinung vorherrscht, daß die Gefahr eines totalen Krieges abgenommen habe, ist die außenpolitische Lage im ganzen ungünstiger als je. Ein «kleiner Krieg» kann plötzlich im Mittleren Osten, in Nordafrika oder in

Südostasien ausbrechen. Frankreich, das Hauptbindeglied in der nordatlantischen Gemeinschaft, befindet sich in einer Übergangsperiode, deren Ausgang niemand voraussagen kann. Krisen im Ausland, deren Natur nicht vorausgesehen werden kann, können auch die amerikanische politische Bühne mit einem Schlag verändern.

Schließlich muß noch eine drohende Gefahr für den Wiederaufstieg der Demokraten erwähnt werden. Es handelt sich um politische Konflikte innerhalb der Partei, welche die Gefahr einer Spaltung in sich tragen. Die meisten Südstaaten widersetzen sich eigenartig dem Entscheid des Obersten Gerichtes, der verfügt, daß weiße Kinder und Negerkinder die öffentlichen Schulen gemeinsam besuchen. In verschiedenen Staaten haben die gesetzgebenden Behörden Gesetze angenommen, die nicht nur den Entscheid des Obersten Gerichtes zu umgehen suchen, sondern in dieser Frage auch einen Druck auf die nationale Demokratische Partei ausüben. Es besteht tatsächlich die Gefahr, daß sich die Demokratische Partei 1960 wie 1948 spalten wird, weil in dieser Sache die Meinungen auseinandergehen. Dadurch würde natürlich eine völlig veränderte Situation geschaffen.

Es ist deshalb noch verfrüht — trotz der starken und eindeutigen Strömung der Gegenwart — im Ausblick auf das Wahljahr 1960 bestimmte Schlußfolgerungen zu ziehen. Eine alte Redensart lautet: In der Politik ist nichts sicher.

Richard J. Davis

Krankheit als Folge unerfüllten Lebens

Unternehmer-Tagung auf Boldern

Auf dem überfüllten Parkplatz und in den zuführenden Sträßchen stauen sich die Autos der schweizerischen Teilnehmer, Zeugen des Wohlstandes und der Prosperität unseres Landes. Aus der regennassen Nacht taucht der hölzerne Glockenturm auf, mitten unter den flachen, leicht gebauten Häusern der Heimstätte. Markante Gesichter der schweizerischen Industrie sind unter den hin und her flutenden Besuchern zu sehen. Bei der knapp und schlicht gehaltenen Eröffnung durch Dr. *Rinderknecht* wird man gebeten, nicht nur durch Aufstehen und Nennung des Namens sich zu «zeigen», sondern auch noch die Firma zu nennen. Und so fliegen berühmte Namen hin und her — Escher-Wyß, Brown-Boveri, und wie sie alle heißen. Dr. *Bodamer* tritt an das Rednerpult, ein großgewachsener, gebräunter Mann mit sonorer Stimme. Als Psychiater von Beruf, Oberarzt an einer großen Landesheilanstalt in Württemberg, ist er bekannt geworden durch seine Bücher und Radiovorträge, in welchen er sich mit den Problemen unserer Zeit auseinandersetzt. Ziel der Tagung soll sein, mit den Unternehmern über jenes «Kapital» zu reden, das in keiner Bilanz und Statistik zu Wort kommt, nämlich das menschliche Leben.

Genau genommen heißt das Thema Bodamers allerdings: «Krankheit als Folge unerfüllten Lebens.» Aber der Referent beschränkt sich keineswegs auf eine medizinische Abhandlung, sondern stellt sich mitten in die großen Auseinandersetzungen über die Beziehungen zwischen Krankheit und Technik, Vermassung und Isolierung, beschleunigtes Arbeitstempo, Hetze und Mangel an Muße. An Hand von Statistiken zeigt er die erschreckende Häufigkeit von Krankheit in der Durchschnittsbevölkerung, und mit *Victor von Weizsäcker* stimmt er überein, wenn er von einem Überhandnehmen der

psychosomatisch bedingten Leiden spricht. Trotz den ungeheuren Fortschritten, die die Schulmedizin auf dem Gebiet der Seuchenbekämpfung, der Unfallchirurgie usw. gemacht hat, sind wir alle ohne Ausnahme «kränker» als man erwarten sollte. Liegt hier das Verhängnis eines prometheisch über seine natürlichen Grenzen vorwärtsdrängenden, technisch überzüchteten Menschentums?

Bodamer wendet sich aber auch scharf gegen eine überspitzte Formulierung des Gesundheitsbegriffes. Wir sind in Gefahr, die Gesundheit als ein «Recht» des Bürgers zu postulieren, auf das er unbedingten Anspruch hat und zu dem ihm letzten Endes der Staat mit seinen Mitteln helfen muß. Schließlich wird vom Referenten auch gezeigt, daß Gesundheit und Krankheit mit Ethos, Ordnung und weise verstandener Freiheit zu tun hat. Die Zahlen, die er in bezug auf Kriminalität und sittliche Verwilderung der Jugendlichen sprechen läßt, sind erschreckend. Als Quintessenz des Vortrages kann die Erkenntnis gelten, die Bodamer schon in seinen Werken herausgehoben hat, nämlich daß die Krankheit nicht mehr einfach als isoliertes Faktum des Einzelnen betrachtet werden kann, sondern daß sie jederzeit und überall mit der besonderen Struktur unserer Welt und ihrer schwindenden Humanität zusammenhängt.

Der Vortrag war von leisem Pessimismus durchdrungen und getragen von dem verantwortungsbewußten Mahnertum eines Fachmannes, der aus seiner besondern Stellung heraus die Nöte des heutigen Menschen kennt. In der Diskussion brach sich nun aber eine andere Anschauungsweise Bahn, indem Dr. Bodamer von verschiedenen Seiten entgegengehalten wurde, seine Betrachtungsweise beruhe auf einer «déformation professionnelle». Es genüge doch beispiels-

weise, die akademische Jugend anzusehen, um sich davon zu überzeugen, daß sie heute nicht kränker, verdorbener, nihilistischer oder lasterhafter sei als vor fünfzig, hundert oder zweihundert Jahren. Gerade die Geschichte lehre uns, daß es zu allen Zeiten Zerfallerscheinungen gegeben habe und daß es keineswegs angehe, dem Menschen des zwanzigsten Jahrhunderts eine Sonderstellung einzuräumen. Dergestalt von bewegter Anteilnahme und Sorge um den Menschen unserer Zeit getragen, ging der Abend zu Ende, festlich eingerahmt von einem Mendelssohnschen Klavierstück. Ob in kleinen

Kreisen noch in die Nacht hinein diskutiert wurde entzieht sich der Kenntnis des Berichterstatters. Er mußte den hoch über dem See gelegenen Ort verlassen, der Tiefe zueilen und konnte auch die Aussprachen des folgenden Tages nicht mehr erleben.

Daß die reformierte Heimstätte Boldern eine Stätte der ständig fließenden Begegnung ist, wo auf dem Boden christlichen Glaubens Menschen verschiedener Herkunft sich treffen und kennen lernen, wurde durch diesen Abend wiederum aufs schönste belegt.

Christian Müller